

110-5-44

24/10/08

23.10.2008

P. 42/11

SD-Leitabschnitt Prag

III D 1 - VA 3970

Ministeramt
Eing.: 16. JAN. 1945

~~Es wird gebeten, dieses Geheimsymbol und
den Gegenstand bei weiteren Schreiben
anzugeben~~

- 1.) An
Obergruppenführer
Staatsminister K. H. Frank,
Prag.
 - 2.) Nachrichtlich:
An den
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD,
1/4-Standartenführer Dr. Weinmann,
Prag.
 - 3.) Nachrichtlich:
An den
komm. Leiter des Bodenamtes für Böhmen und Mähren,
1/4-Standartenführer Ing. Fischer,
Prag.
 - 4.) Nachrichtlich:
An Abteilungsleiter,
1/4-Hauptsturmführer Dr. Ernst A. Schmidt,
- persönlich -
Prag.
- Betr.:** Propagandaaktion des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft für Böhmen und Mähren zur Durchführung einer Ernährungsschlacht.
- Verg.:** ohne.
- Der Verband der Land- und Forstwirtschaft veranstaltete im Monat Dezember 1944 zur Hebung der Ablieferungsmoral in der Landwirtschaft eine Propagandaaktion durch eine bis zu den Ortsvereinen herunterlaufende Versammlungswelle. Der Minister der Land- und Forstwirtschaft Hruby sprach zu ihrer Eröffnung in zwei Kundgebungen in Prag und Brünn am 1. und 2. Dezember 1944 zu den Funktionären des Verbandes. In Böhmen und Mähren fanden mehrere tausend Versammlungen statt, so dass fast auf jede Gemeinde eine Veranstaltung fiel.
- Vorgeschichte.** Das zunehmende Absinken der Marktleistungen der tschechischen Landwirtschaft, bedingt durch die Auswirkungen der allgemeinen politischen und militärischen Lage und die Möglichkeiten,

Handwritten notes:
Vortrag
Ere
1.
9/1945

Handwritten notes:
Janis Vorjann
K. H. Frank

b.w.

V F - 53 b/44

dem entgegentreten, wurden im Oktober 1944 mehrfach in der Umgebung des Minister Hruby diskutiert. Dabei kam man - es waren ein ständiger Berater des Ministers der Hauptschriftleiter des "Českomoravský rolník" J e ž e k, der Schriftleiter Dr. K o s í k und der zum Freundeskreis des Ministers gehörende Grossgrundbesitzer S c h o l l e aus Jistebnitz bei Tabor beteiligt - zu der Auffassung, dass es notwendig sei, im tschechischen Sektor und nur von der tschechischen Seite getragen im Rahmen und mit Hilfe der Organisation des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft als Gegenstück und Ergänzung zur Erzeugungsschlacht eine "Ablieferungsschlacht" zu propagieren. In weiterer Folge versprach man sich davon eine Aktivierung des seit geraumer Zeit öffentlich nicht sonderlich in Erscheinung getretenen Verbandes. Man entwarf ein Programm, das im wesentlichen vorsah, unter erstmaliger Heranziehung der Verbands- und Landesverbandsausschüsse eine rein tschechische Propagandaaktion, die über die Aussenstellen und Ortsvereine des Verbandes laufen sollte, aufzuziehen. Ganz bewusst wollte man hierbei an die nationalen Ehre des tschechischen Bauern appellieren. (So z.B. mit dem Schlagwort: " Der tschechische Bauer lässt keinen tschechischen Volksgenossen hungern.") Neben der Instruktion der Verbandsfunktionäre in Prag und bei den an den Sitzen der Aussenstellen stattfindenden Veranstaltungen sollte in den Einzelversammlungen auch der Verbraucher (Lehrer, Arbeiter, Beamte usw.) zu Worte kommen.

Der Vorschlag fand die Billigung des Ministers und wurde in der Folge über seinen Wunsch als sein eigener Vorschlag behandelt. Dieser Umstand führte auf deutscher Seite zu der Annahme, dass Minister Hruby gelegentlich seines kurz vorher erfolgten Empfanges beim Staatsminister eine entsprechende Instruktion erhalten habe.

Vorbereitung. Das vorgeschlagene Programm wurde in der Vorstandssitzung des Verbandes vom 2.11.44. durchberaten und genehmigt.

Über Anregung des Ministers erfolgte eine Umbenennung in "Ernährungsschlacht". Die ansonsten getroffenen Abänderungen bestanden darin, von der ursprünglich vorgesehenen Arbeitstagung des Verbandsausschusses und der beiden Landesverbandsausschüsse in Prag Abstand zu nehmen und anstelle dieser je eine Arbeitstagung des Verbands- und Landesverbandsausschusses für Böhmen in Prag und eine des Landesverbandsausschusses für Mähren in Brünn abzuhalten. Ausserdem wurde der beizuziehende Personenkreis erweitert. Im Zusammenhang damit



wurde der Empfang einer 20-30 köpfigen Bauerndelegation durch den Staatspräsidenten bzw. in dessen Vertretung durch den Vorsitzenden der Protektoratsregierung erwogen, wovon man aber bei späteren Beratungen wieder abkam. Die Prager Tagung wurde für Freitag, den 1. Dezember 1944 und die Brüner für den darauffolgenden Samstag, den 2. Dezember anberaumt. Im Programm dieser beiden Tagungen sollte nach der Eröffnungsrede des jeweiligen Landesverbandsobmannes Minister Hruby zu dem Thema "Zwei Jahre Verband" sprechen. Im Anschluss hatten zwei ehrenamtliche Funktionäre über den Stand der Ablieferungen in ihrem Bereich zu referieren, worauf eine 2. Ansprache des Ministers über die Ernährungsschlacht und ein Schlusswort des Landesverbandsobmannes vorgesehen war.

Im weiteren ergaben sich aber Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung des Berichtes über die zweijährige Tätigkeit des Verbandes. Obzwar die Unterlagen hierfür bereits im August des Vorjahres zur Verfügung gestanden waren und der verantwortliche Propagandareferent, Ing. Š a f a ř, am 18.10.1944 beauftragt worden war, einen Tätigkeitsbericht auszuarbeiten, lag etwa 10 Tage vor der Tagung noch immer kein Bericht vor. Über Wunsch des Ministers beabsichtigte man, den Tätigkeitsbericht zu drucken und den Verbandsfunktionären als Nachschlagbuch zur Verfügung zu stellen, das auch die wesentlichsten gesetzlichen Unterlagen (gründende Verordnung und laufende Kundmachungen) sowie ein Verzeichnis der Funktionäre des Verbandes und der angeschlossenen Organisationen beinhalten sollte. Einige Tage vor der angesetzten Tagung fand dann im Verband eine Beratung verschiedener Referenten über die Abfassung des Berichtes statt, die infolge der oft unklaren und sich widersprechenden Weisungen des Ministers, die einzelnen Referenten vorher erteilt hatte, grosse Meinungsverschiedenheiten an den Tag brachte. Schliesslich wurde nach Klärung der gegensätzlichen Standpunkte vereinbart, alle Kräfte einzusetzen, um den Wünschen des Ministers gerecht und noch rechtzeitig fertig zu werden. Neue Schwierigkeiten folgten daraus, dass es ein unlösbares Problem schien, die dann endlich durch die Landesverbände Böhmen und Mähren vorliegenden Berichte zu einem Gesamtbericht zusammenzuarbeiten. Hier zeigte sich eine gewisse bürokratische Schwerfälligkeit, vor allem des leitenden deutschen Apparates des Verbandes, die die Kritik des Ministers auslöste. Da der Bericht weiterhin ausblieb, fasste der Minister eine Verschiebung der Tagung um eine Woche ins Auge - ein Umstand, der verschiedentlich nach unten durchdrang - und äusserte mit Rücksicht auf den Luftangriff auf Brünn

28718

den Wunsch, beide Tagungen, wie ursprünglich vorgesehen, in Prag abzuhalten. Dieses Ansinnen wurde jedoch von deutschen Stellen des Verbandes mit der Begründung abgelehnt, dass die unteren Verbandsorgane mit den Vorbereitungsarbeiten schon zu weit fortgeschritten wären. Einige Tage vor dem anberaumten Zeitpunkt wurden dann bei der Leitung des Verbandes Bedenken ~~wik~~ der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Staatsministeriums gegen die Tagesordnung bekannt, die sich gegen das zweimalige Sprechen des Ministers auf derselben Tagung richteten. Demzufolge wurde das Thema "Zwei Jahre Verband" fallengelassen, um das Schwergewicht der Ausführungen des Ministers auf die Ablieferungsfrage zu legen. Die Tagungen sollten einen reinen Kundgebungscharakter tragen. Damit wurde der schriftliche Tätigkeitsbericht hinfällig. Diese im letzten Augenblick durchgeführten Programmänderungen, die nach unten durchsickerten und bei den Funktionären zur Bildung von Gerüchten über Unstimmigkeit der deutschen und tschechischen Führung des Verbandes Anlass gaben, fanden überdies nicht die Billigung aller Verbandsfunktionäre. Der Minister war zwar damit einverstanden - er brachte lediglich seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, da das Programm im Einvernehmen mit so vielen Herren festgelegt worden sei - , dagegen vertrat der Landesobmann in Mähren Dr. H o l i k den Standpunkt, dass es praktisch richtiger gewesen wäre, zunächst vom Verband zu sprechen und erst dann von den Ablieferungen. Man müsse, so erklärte er, erst etwas bieten, bevor man etwas verlange. Von einer Ablenkung vom zweiten Thema könnte nicht die Rede sein. Im übrigen würde es nur gut sein, wenn auch die Teilnehmer bei Aussprachen zu Worte kämen. Ein Grund, stänglich zu sein, bestände nicht, da die Funktionäre diszipliniert wären, und man ausserdem dafür Sorge tragen könnte, dass die Debatten nicht in die Presse kämen. Wenn schon Tagungen angesetzt würden, dürfe man nicht vergessen, dass diese heute nur für kriegswichtige Fragen in Betracht kommen könnten. Es sei falsch, die Leute zusammenzurufen und ihnen dann nichts zu bieten. Landesobmann Dr. Holik hat dann auch für die Brüner Tagung eine Aussprache angesetzt, die aber infolge eines Fliegeralarms nicht abgeführt werden konnte.

In die Versammlungswelle wurden schliesslich auch Vorträge von Funktionären des VAB über den Bolschewismus zur Einschaltung vorge-



sehen.

Auswirkungen. Die Propagandaaktion zur Durchführung einer Ernährungsschlacht fand nach übereinstimmend aus allen Gebieten über Ausserungen tschechischer Landwirte vorliegende Meldungen keinen Anklang, sondern sei mit Gleichgültigkeit, Widerwillen und häufig Ablehnung aufgenommen worden. Die Ursachen dazu wären die allgemeine politische Lage, die sich vor allem in den mährischen Gebieten stark bemerkbar gemacht habe, die ungenügende Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen und nicht zuletzt die zu geringe Berücksichtigung von den Landwirt interessierenden Fragen. Die zur Behandlung stehenden Ablieferungsfragen seien aber in der Mehrzahl aufgrund der Presseveröffentlichungen über die Rede Ministers Hruby's und zum geringeren Teil als Auswirkung der örtlichen Versammlungen, stark in Kreisen der tschechischen Landwirte und darüberhinaus auch anderer Bevölkerungsschichten diskutiert worden.

Der Verlauf und das Ergebnis der gesamten Aktionen sei nach Meldungen aus allen, besonders aber den mährischen Gebieten, wesentlich von den Auswirkungen der politischen und militärischen Lage auf die tschechischen Landwirte mit bestimmt gewesen. Dies habe sich nach Feststellung von Verbandsfunktionären von vornherein bei der offen gezeigten Unlust der Landwirte, an den Veranstaltungen teilzunehmen, und an den geringen Besucherzahlen bemerkbar gemacht.

So erklärten tschechische Landwirte im Gebiet von M.-Ostrau immer wieder, auch jetzt im Winter keine Zeit zu haben, um -Versammlungen besuchen zu können. Vielfach wurden hierbei nichtige Ausflüchte vorgebracht. Eine grössere Anzahl Landwirte in Pflanzendorf /Bez. Wal.Meseritsch entschuldigten sich z.B. damit, dass sie ihr Getreide in der Mühle mahlen lassen müssten. Nach den Feststellungen eines deutschen Bauern, konnte der fragliche Müller an diesem Tag überhaupt kein Getreide zum Mahlen annehmen. In einzelnen Ortschaften waren auch Landwirte zu finden, die andere Landwirte mit allen Mitteln von einem Besuch der Versammlung des Verbandes abzuhalten versuchten. Andererseits wurden verschiedentlich Versammlungen durchgeführt, bei denen nur etwa 5- 10 Bauern erschienen, da die anderen Landwirte keine Kenntnis von der Abhaltung einer Versammlung in ihrem Orte hatten.

(M.Ostrau)

In verschiedenen Versammlungen im Gebiete von M.-Ostrau erschienen die Landwirte in grösserer Zahl zu den Kundgebungen, trugen sich in die aufliegende Anwesenheitsliste ein und gingen daraufhin wieder nach Hause.

Ein Landwirt in Mähren äusserte: "Der Verband soll die Versammlungen lieber sein lassen. Es ist schade um die Zeit und um die Schuhsohlen, die wir hierbei verschwenden müssen; oder aber sollen die Herren des Verbandes selbst in die Versammlungen gehen und ein gutes Beispiel dafür geben, wie alles gemacht werden soll."

Das Auftreten des Ministers Hruby in den Kundgebungen in Prag und Brünn am 1. und 2. Dezember 1944 hat daher nach bisher über Ausserungen von Teilnehmern vorliegenden Meldungen nur einen geringen unmittelbaren Nachhall gefunden. Ungünstig habe sich dabei vor allem das leise, monotone Vorlesen der Rede durch den Minister ausgewirkt. Die Veröffentlichung seiner Rede in der Presse haben aber im Gegensatz dazu nach Meldungen aus verschiedenen Gebieten zu zahlreichen Erörterungen über die Ernährungslage Anlass gegeben.

Teilnehmer der Brünnener Kundgebung erklärten, dem Hruby glaube niemand mehr, weil er gesagt hätte, dass das Reich zu 50 % das Protektorat mit Fett versorge, und, er nicht angegeben habe, welche Mengen von Fett von den Deutschen aus dem Protektorat ausgeführt würden. (Brünn)

Nach einer Meldung aus Ostböhmen wurde die Stelle der Prager Rede Hruby's: "In der letzten Runde darf sich die Landwirtschaft zu keinen Fehlern hinreissen lassen, die sich an der gesamten Nation rächen könnten. Das arbeitende landwirtschaftliche Volk steht in der Reihe mit den Fabriken und trägt mit diesen die Verantwortung für die weitere Entwicklung!" zweideutig und alibistisch ausgelegt. Hruby habe es wieder einmal verstanden, zwischen den Zeilen zu sagen, was er mit offenen Worten nicht sagen könne. Seine Worte könne man als eine Mahnung verstehen, nicht mehr abzuliefern, als unbedingt nötig sei. Sie besage ferner, sich zu nichts hinreissen zu lassen, das der Allgemeinheit schaden könnte und sei darauf abgestimmt, ein baldiges Kriegsende zuversichtlich anzudeuten. In diesem Zusammenhang wurde verbreitet, dass es die Absicht Hruby's gewesen sei, eine zweistündige Ansprache zu halten. Der Staatsminister jedoch habe den Wortlaut der Rede derart gekürzt, dass die ganze Veranstaltung kaum 30 Minuten gedauert habe. (Königrätz)

... Nach ihm ergriff Minister Hruby das Wort. In seinen Ausführungen, die nur ca. 25 Minuten währten und die mit leiser, ausdrucksloser Stimme ohne Interesse und Begeisterung abgelesen wurden (Bericht über die Tagung vom 1.12.44. in Prag)

Ein Sekretär eines Bezirksverbandes über die Tagung in Prag: "Dies ist schlecht. Anstatt die Bauern zu stärken, werden sie gelangweilt. Das war nur ein schlechter Leseabend, und ich wundere mich über den Minister, dass er so etwas herunterlesen konnte, wo er doch reden kann, wenn er nur will. Er muss doch das Opfer berücksichtigen, welches die Leute brachten, indem sie eine so weite Strecke führen. (Budweis)



64768

... Aus dem Vortrag, den der Minister mit leiser Stimme gelangweilt vorlas, ... (aus einem Bericht über die Amtswaltertagung in Brünn vom 2.12.44.)

Die am 3.12.44. im "Česke Slovo" gebrachte Notiz von einer Kundgebung Hruby's bezüglich der Einhaltung der Ablieferungspflichten von seiten der Landbevölkerung, dass bei einer nicht vorschriftsmässigen Ablieferung der bestimmten Quanten die Lebensmittelrationen weiter herabgesetzt würden, stark beachtet und auf das Lebhafteste kommentiert. Man sieht darin nur die Ankündigung weiterer Lebensmittelkürzungen, die man nach Meinung der Bevölkerung nur auf ein Nichteinhalten der Ablieferungsvorschriften zurückführen wolle. Andererseits jedoch hat die Bemerkung Hruby's eine starke Misstimmung gegen Hruby selbst und die Landbevölkerung aufkommen lassen. Man weist darauf hin, dass es die Bauern seien, die ihre halbe Ernte im Schleichhandel weiter vertreiben und die Stadtbevölkerung geradezu aussaugen würden. Hruby's Drohungen sollten sich daher in erster Linie gegen die Landbevölkerung und nicht gegen die Stadtbevölkerung richten. Auch unter der Arbeiterschaft hat diese Zeitungsnotiz eine erhebliche Misstimmung gegen die Landbevölkerung aufkommen lassen. (Prag)

Nach vielen Berichten über Ausserungen von Teilnehmern seien die geringen rhetorischen Bemühungen der in den Ortsversammlungen zum Einsatz gelangten Redner für ein Fehlen jeglicher Aufnahmebereitschaft der Zuhörer verantwortlich gemacht worden. Danach seien ein gleichgültiges, ausdrucksloses und mit leiser Stimme erfolgendes Ablesen einer Vorlage die Regel gewesen. Dadurch wäre der Eindruck erweckt worden, der Redner spreche aus Zwang und billige seine eigenen Ausführungen innerlich nicht. Nur wenige Ortsobmänner des Verbandes hätten sich bemüht, mit den Versammlungsteilnehmern in einen näheren Kontakt zu kommen, sie volkstümlich anzusprechen und sie von der Notwendigkeit der Ablieferungspflicht zu überzeugen.

So äusserten sich Landwirte im Gebiet von M.-Ostrau:

"Diesem Redner sieht man es an, dass ihm seine vorgeschriebene Rede zwischen den Fingern brennt. Wir können es ihm nachfühlen. Ob er über den Bolschewismus oder über die Arbeit des Verbandes spricht ist einerlei. Immer wird er als Werkzeug der Deutschen angesehen. Nachher werden ihm die Partisanen auf den Hals kommen und ihm eine Belohnung für seine Deutschfreundlichkeit auszahlen."

Ein Verbandssekretär eines westmährischen Bezirkes äusserte sich gegenüber Verbandsfunktionären:
"So wie uns von Prag aus die Vorträge diktiert wurden, so werden sie vorgelesen."

In Heralditz Bez. Trebitsch eröffnete der Ortsobmann J e z e k wie die meisten Ortsobmänner im Bez. Trebitsch die Versammlung mit folgenden Worten: "Ich heisse Sie, meine Herren, herzlich willkommen und übergebe das Wort dem Redner, der zu ihnen sprechen wird."

Hierauf sprach der Lehrer Ř i d k ý über die Erzeugungsschlacht und leitete seine Rede mit folgenden Worten ein:
 "Meine Herren, so wie immer, so muss ich auch heute wieder sprechen. Ich werde es Euch vorlesen."

... In Schlan verlief die Versammlung ohne irgendeine Begeisterung, da alle Redner ihre Vorträge mit einer schwachen, eintönigen Stimme hielten. (aus einem Bericht über die Aktion im Bereich der Aussenstelle Kladno.)

... Die Vorträge, die vielfach uninteressiert vorgelesen wurden, wurden mit wenig Zustimmung aufgenommen (aus einem Bericht über die Versammlung im Bereich der Bezirksbehörde Prag-Land-Nord)

Die bei den Ortsversammlungen erfolgte Einschaltung von Vorträgen über den Bolschewismus von Funktionären des VAD sei nach zahlreichen Meldungen ohne grössere Auswirkungen geblieben und in der Aufnahme nicht einheitlich gewesen. Stellenweise, besonders in Mähren, sei es zu plötzlichen "Krankheitsepidemien" der als Redner vorgesehenen Personen gekommen.

So bildete der Vortrag des VAD-Bezirksleiter Dr. Retzel in Trebitsch über das Thema Bolschewismus den Hauptprogramm-punkt der Versammlung. Er wurde wohl mit Interesse, aber kühl und ohne innere Anteilnahme aufgenommen. Kennzeichnend für die Auswirkungen dieser Rede für einen Teil der Zuhörer ist folgende Äusserung: "Die Rede war schön und wir stimmen auch den Ausführungen zu; es hilft aber alles nichts mehr. Die Ereignisse sind nicht aufzuhalten, der Bezirksleiter des VAD wird einmal hängen."

In Pilsen zeigten sich die Landwirte über den Ausfall des angekündigten Vortrages über den Bolschewismus enttäuscht. Man hatte den erwarteten Ausführungen über das Kolchos-System besonderes Interesse entgegengebracht.

Im Bez. Prerau wurden die vom VAD zur Verfügung gestellten Redner von Funktionären des Verbandes vielfach abgelehnt. Die Funktionäre wollten keinesfalls den Eindruck erwecken, als ob die Einschaltung politischer Vorgänge von ihnen ausginge. Sie wiesen vielmehr überall ausdrücklich darauf hin, dass die Vorträge über den Bolschewismus auf Prager Weisung erfolgen würden.

In Kojditz Bez. Trebitsch verweigerte der Oberlehrer Frant. B o u d a r die Abhaltung des Vortrages über den Bolschewismus mit der Begründung, dass seine Frau krank sei. An seiner Stelle sollte ein im Gemeindehaus wohnender buckliger Gemeindearmer sprechen. Schliesslich wurde jedoch ein Häusler namens Chromy als Vortragender bestimmt.



64767

Bezeichnend war das Verhalten der VAD-Ortsleiter dreier westmährischer Gemeinden. Nach Zustellung der Redetexte für ihren Vortrag bei den Ortsversammlungen erklärten diese, die gleichzeitig Lehrer sind, ihre Funktion niederzulegen, da sie infolge Erkrankung nicht in der Lage seien, die Vorträge zu halten. Bei diesen Lehrern handelt es sich um ältere Personen, die sich scheinbar durch das Halten dieser Vorträge keine Feinde schaffen wollten. 15 junge Lehrer aus anderen Orten des Bezirkes erklärten sich hingegen gern bereit, diese Vorträge bei den Versammlungen zu halten.

Das oft erst bei Beginn der Veranstaltungen bekanntgegebene Ausfallen der Vorträge über den zweijährigen Bestand des Verbandes habe nach verschiedenen Meldungen die einzelnen Veranstaltungen dermassen verkürzt, dass keinerlei Teilnahme entstanden sei. Die Landwirte hätten immerhin einiges Interesse für den angekündigten Rechenschaftsbericht an den Tag gelegt gehabt und wären über sein Fehlen sehr enttäuscht gewesen. Vereinzelt sei auch von Landwirten bemängelt worden, dass die gesamte Propagandaaktion in einem äusserst kurzen Zeitraum durchgeführt und beendet worden sei, anstatt sie auf einen grösseren Zeitraum zu verteilen und damit ständig die Landbevölkerung an ihre Pflichten dem Volksganzen gegenüber zu erinnern.

Ein Ortsobmann aus einem südböhmischen Bezirk äusserte sich über die Tagung in Prag: "Ich habe etwas Klassisches erwartet, wenn die Versammlung zur Feier des zweijährigen Bestehens des Verbandes veranstaltet wird und einstweilen haben sie uns nur gelangweilt. Der Minister las die Rede so ab, als ob er sie erst frisch gedruckt erhalten hätte und früher nicht Zeit hatte, sie durchzulesen. (Budweis)

Im Bezirk Radowitz wurden am 12., 14. und 15.12.44. allein 81 Kundgebungen veranstaltet, so dass selbst Funktionäre des Verbandes daran Anstoss nahmen, da eine derartige Häufung von Veranstaltungen völlig sinn- und zwecklos sei und von einer Auswirkung im gesamten Bezirk schon nach einigen Tagen nichts mehr zu merken gewesen wäre. (Pilsen)

Der Inhalt der Vorträge sei nach zahlreichen Meldungen häufig durch teilnehmende Landwirte mit der Erklärung kritisiert worden, dass man nichts Neues gehört hätte. In vielen Berichten seien ausserdem zahlreiche Beschwerden von Landwirten über ein Nichteingehen auf sie interessierende Fragen gebracht worden. Man hätte auch der Möglichkeit, von Aussprachen nach Ansicht von Funktionären des Verbandes und teilnehmenden Landwirten vielzu wenig Raum gegeben.

4100

Unter den Teilnehmern sei jedoch nach vielen Meldungen das Bedürfnis nach einer Aussprache vorhanden gewesen. Die in den stattgefundenen Aussprachen und gelegentlich sonstiger Äusserungen der Landvorgebrachten Beschwerden wirts/befassten sich nach vorliegenden Berichten im wesentlichen mit der Arbeitseinsatzlage in der Landwirtschaft, mit dem Mangel an Berufskleidung für landwirtschaftliche Arbeitskräfte, wobei häufig Vergleiche zur Industrie gezogen wurden, und mit der Bemessung der Ablieferungskontingente.

Landwirte aus der Gegend von Pilsen erklärten: "es wäre soviel wie umsonst gewesen an dieser Versammlung in Pilsen teilzunehmen, da alles dort Vorgetragene bereits bekannt gewesen sei."

Ein Landwirt aus dem Gebiet von Budweis über eine örtliche Kundgebung: "Die Rede haben wir eigentlich schon in der Sonntagszeitung gelesen, weil Minister Hrubý genau so gesprochen hat. Es werden ja in den einzelnen Gemeinden Ernährungsschlachten durchgeführt, in welchen Lehrer solche Reden vortragen werden. Wenn das also dann für die anderen Bauern genügt, weiss ich nicht, warum man uns wegen 30 Minuten herziert hat."

... Gegen 12 Uhr war die Hälfte der Teilnehmer verschwunden, die restlichen, die bis zum Ende der Tagung verblieben, verliessen meist schimpfend den Saal und bezeichneten diese Zusammenkunft als überflüssig, man habe ja nichts Neues gehört und an die vielen Versprechungen glaube schon kein Bauern mehr. Es sei an der Zeit, dem Bauer erst einmal zu helfen und dann erst von ihm zu verlangen und ihn immerfort an seine Pflichten zu erinnern. (aus einem Bericht über eine örtliche Tagung in Prag.)

Teilnehmer an der Kundgebung in Brünn äusserten sich, dass man das, was der Minister gesprochen habe, täglich aus dem Munde von Verbänden, Gemeinde und Landesbehörden geschickten Kommissionen erfahre. Dies sei umso enttäuschender, als man nach dem umfangreichen Programm der Einladungen erwartet hätte, etwas Neues zu hören. Das Programm sei aber dann nach einer Weisung aus Prag stark beschnitten worden. Es fielen dementsprechend Äusserungen wie: "Deshalb hat man uns nach Brünn kommen lassen?" "Das hätte man uns auch schriftlich zuschicken können!" "Das alles haben wir schon mindestens 10 Mal gehört."

... Aufmerksamkeit löste die Rede über die besonderen Beschwerden bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus. Hierzu vertraten Teilnehmer der Versammlung den Standpunkt, dass stets nur Versprechungen über Zuteilung von Berufskleidung gemacht würden. Sie glaubten aber an nichts mehr und wollten sich durch die tatsächliche Ausgabe dieser Gegenstände überraschen lassen. Es sei lächerlich, den Bauern den Schleich- u. Tauschhandel vorzuwerfen, wo sie doch gezwungen seien, sich auf diese Weise das zu besorgen, was ihnen versprochen, aber nicht gegeben werde. (Prag)

... Gleichfalls wurde auch das Verhalten des Arbeitsamtes stark kritisiert; der Landwirtschaft würden eingearbeitete Kräfte entzogen und völlig unbrauchbare Personen, die ausserdem meist schon das ärztliche Attest vorbereitet hätten, zugeführt. (Prag)

... Die anwesenden Funktionäre hätten über andere aktuelle Fragen der Landwirtschaft auch gern etwas gehört und haben nicht ganz befriedigt die Versammlung verlassen. (aus einem Bericht eines Verbandsfunktionärs über die Tagung in Prag)

Von den Teilnehmern der Kundgebung sei wie aus fast allen Gebieten gemeldet wird an diesen von ihnen als Mängel empfundenen Umständen scharfe Kritik geübt worden. Damit verbunden hätte man häufig unter dem Eindruck der als verfehlt angesehenen Veranstaltungen auf den entstandenen unnötigen Arbeitsausfall und die überflüssige Verkehrsbelastung hingewiesen.

So gaben Teilnehmer an der Kundgebung in Beraun am 5.12.44. ihrer Verärgerung darüber Ausdruck, dass man sie, wie wörtlich geäussert wurde "wegen so einer Blödheit von der Arbeit abhält und nach Beraun kommen lässt".

Ein Landwirt aus dem Budweiser Gebiet über die Tagung in Prag: "Wenn man bedenkt, dass in der heutigen Zeit ein grosser Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften besteht und ausserdem auch Schwierigkeiten im Zugverkehr herrschen, ist es unverantwortlich, Landwirte aus ganz Böhmen zu einer Rede zu zitieren, die im Hinblick auf die schlechte Wiedergabe keine Wirkung erzielen konnte."

Teilnehmer an der Kundgebung in Brünn wiesen immer wieder darauf hin, dass es nicht nur eine Dummheit gewesen sei, sie nach Brünn zu rufen, sondern auch unverantwortlich wäre, da man die Eisenbahnen nur belaste und das Leben verschiedener Personen gefährde, während daheim viel Arbeit auf sie warte. Fast jeder habe sich gezwungen, nach Brünn zu fahren. Obwohl grosse Angst vor einem Fliegerangriff bestanden habe, wollte man doch andererseits keine Unannehmlichkeiten durch Fernbleiben haben. (Brünn)

Die Propagandaaktion zur Durchführung einer Ernährungsschlacht hat nach den vorliegenden Meldungen bei der gesamten tschechischen Bevölkerung zu einer umfangreichen Gerüchtbildung über die Ernährungslage Anlass gegeben. Insbesondere die in den Reden des Ministers Hruby gemachten Ausführungen über Versorgungsfragen hätten ihren Niederschlag in zahlreichen Ausserungen über eine bevorstehende Lebensmittelknappheit, Ablieferungsschwierigkeiten, Ausfuhr von Nahrungsgütern ins Reich und ein Ansteigen des Schleichhandels gefunden. Stellenweise sei im Anschluss an die Hrubyrede von der städtischen Bevölkerung auf die einseitige Bevorzugung der Landwirte hingewiesen worden.

So wurden im Gebiet von Pilsen die Ausführungen Hruby's, dass man sich darauf vorbereiten müsse, dass der Krieg noch weiter fortgesetzt werde und daher in allen Wirtschaftszweigen die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden müssten, besonders beachtet. Das gleiche geschah bei den Hinweisen auf die Schwierigkeiten in der Fettversorgung. Man gab der Meinung Ausdruck, dass bestimmte Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse ins Reich ausgeführt würden. Den dies verneinenden Ausführungen Hruby's wurde kein Glauben geschenkt. Aufgrund der Hrubyrede wurden allgemein von der tschechischen Bevölkerung Rationskürzungen erwartet und man forderte sich gegenseitig zum Hamstern auf, solange noch Möglichkeiten dazu vorhanden seien. (Pilsen)

Ein Rüstungsarbeiter nahm zur Propagandaaktion wie folgt Stellung: "Ich sehe die Zeit kommen, wo die Verhältnisse auf dem Ernährungssektor wieder so liegen werden, wie im vorigen Weltkrieg. Die Bauern und grossen Herren werden genug zu fressen haben und wir, d.h. die Arbeiterschicht, werden das Nachsehen haben. Es werden wieder Erscheinungen wie im letzten Krieg zu verzeichnen sein, zu welchen vor allem die Unterernährung der Kinder der ärmeren Volksschichten gehört. Nur diejenigen, die über das nötige Kapital verfügen, werden genug zu essen haben. Man hat uns bereits die Zusatzkarten abgenommen, was den Anfang vom Ende bedeutet."

Die Beurteilung des Erfolges der Propagandaaktion durch massgebliche Funktionäre des Verbandes ist nach den vorliegenden Stimmen nicht einheitlich. Es überwiegt jedoch eine Kritik an der Organisation und Programmgestaltung.

So äusserte sich der Sekretär T u p ý, ein enger Mitarbeiter des Ministers, dass es keinen Sinn habe, unerfüllbare Forderungen weiterhin aufrechtzuerhalten, da dadurch der Landwirt das Vertrauen zur Führung verliere und nur mit einer Passivität antworten könnte. Er sei der Meinung, dass die Vorträge gegen den Bolschewismus neben den Vorträgen über die Ernährungsschlacht sich negativ ausgewirkt hätten und dass es zweckmässiger gewesen wäre, die beiden Fragen getrennt zu behandeln, da die Ablieferungsfrage dadurch nur an Wert verlor. (Prag)

Ein deutscher Aussenstellendirektor erklärte, dass die ganze Aktion ein Schlag ins Wasser sei, was bestimmt auch Minister Hruby wüsste. Hruby sei aber so ein geriebener Bursche, der lediglich dem Staatsminister zeigen wolle, dass er alles unternehme, um zur Sicherung der Ernährungslage im Protektorat beizutragen. In Wirklichkeit lache sich Hruby ins Fäustchen und sei davon überzeugt, dass seine Bauern schon wüssten, was sie von so einer Aktion zu halten hätten. Ihm selbst sei die ganze Versammlungsaktion von vornherein durchsichtig erschienen, und er habe es deshalb vorgezogen, an der Tagung in Prag nicht teilzunehmen. Seine tschechischen Vertreter, die er hingeschickt habe, seien, wie er erwartet habe, höchst unbefriedigt von dieser Tagung zurückgekehrt. (Pilsen)



64765

Minister Hruby wies gelegentlich eines Gespräches daraufhin, dass vom Verband der Land- und Forstwirtschaft den einzelnen Rednern Unterlagen zur Verfügung gestellt worden seien, die nicht entsprechend ausgearbeitet waren, so dass die Aktion vielfach nicht so ablief, wie dies gewünscht wurde. Die von Ing. Appelt aufgestellten einzelnen Punkte seien unzureichend gewesen. Ing. Appelt hätte sich auch vorher mit ihm (Hruby) ins Einvernehmen setzen sollen. Der Minister deutete an, dass diesbezüglich eine Reihe von Beschwerden, auf die er noch zurückkommen wolle, eingegangen sind.

Der geistige Urheber der Aktion, Hauptschriftleiter J e ř e k, äusserte sich, dass die Ernährungsschlacht, wie erwartet, verlaufen sei. Nur an einzelnen Orten sei es zu verschiedenen Unstimmigkeiten gekommen. Ungünstig habe es sich ausgewirkt, dass neben den reinen ernährungswirtschaftlichen Reden auch noch antibolschewistische Vorträge gebracht wurden. Dadurch wäre von der eigentlichen Sache zu viel abgelenkt worden. Abgesehen davon seien die herausgestellten Redner stellenweise selbst Kommunisten gewesen. Im Launer Gebiet sei z.B. eine derartige Rede gehalten worden. Der Redner hätte alles in einer solchen Form gebracht, dass seine tendenziöse Absicht selbst dem dümmsten Bauern klar geworden sei. Es sei sehr schade, dass man diese antibolschewistische Propagandaaktion in die Ernährungsschlacht mit eingebaut habe. Daran habe sicherlich Minister Moravec ein besonderes Interesse gehabt, der jede Stärkung des Einflusses des Ministers Hruby angeblich argwöhnisch verfolge.

Zusammenfassung. Bei einer Bewertung des Ergebnisses der Aktion darf nicht übersieht werden, dass es sich 1.) um einen neuartigen Versuch in einer politisch sehr ungünstigen Situation bei einer äusserst geringen Aufnahmebereitschaft des in Frage kommenden Personenkreises handelte, 2.) durch die Abwandlung des ursprünglichen Planes gewisse Faktoren hinzukamen, die es gerade in den unteren Gliederungen des Verbandes begünstigten eine Sabotage durch eine formelle Einhaltung der von oben gegebenen Anweisungen herbeizuführen. Trotzdem kann ein gewisser Erfolg der Aktion insofern verzeichnet werden, als es gelungen ist, in breitem Rahmen eine wenn auch häufig von einer negativen Betrachtung ausgehende Diskussion der Ablieferungspflicht durch die tschechischen Landwirte anzuregen. Bemerkenswert sind die in den stimmungsmassigen Auswirkungen der Rede Hruby's stellenweise an den Tag getretenen ständischen Gegensätze in der tschechischen Bevölkerung.

Der Verlauf der Propagandaaktion hat deutlich die im Apparat des Verbandes bestehenden Schwächen aufgezeigt. Besonders augenscheinlich sind: das schwerfällige, bürokratische Arbeiten des Zentralverbandes, ein nicht unbeachtlicher Mangel an Initiative auch deutscher Stellen des Verbandes und das zurzeit bei weitem noch nicht klaglose Zusammenspiel der deutschen und tschechischen Führung des Verbandes, das u.a. durch das Fehlen einer

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 180/44 g

Prag, den 24. November 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Geheim

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 23.11.1944.

- 4.) Minister H r u b ý wird am 1. Dezember d.J. in Prag und
am 2. Dezember in Brünn die Versammlungsreihe für die Ab-
lieferungspropaganda eröffnen. In allen Gemeinden sollen Ernäh-
rungsschlachtversammlungen abgehalten werden, in denen außer
Angehörigen des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft
Verbraucher einen Appell an die Landbevölkerung zur Erfül-
lung ihrer Ablieferungspflicht richten.

F. H. H.

S. M. V 3-520/44

8a

1.
10.

744. Sup. Ende,

30/11

Seemanns,

W 4.12.11

O' derby. 1.12.11

9/12

Og Ende

1/12

gegen Ende als selbst 1.12.11. gute Kunde

nis

if. Kunden sind 1.12.11



/c

28/

11.

44.

58287

Sicherheitsdienst des Reichsführers-~~H~~
SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentsch, 3. November 1944
Sachsenweg
Fernsprecher 774-44

9

III D 1 - PA II

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und
den Gegenstand bei weiteren Schreiben
anzugeben

Ministeramt

7. NOV. 1944

1.) An
~~1/4~~-Obergruppenführer
Staatsminister K.H. Frank
Prag.

2.) nachrichtlich an:
den
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD,
~~1/4~~-Standartenführer Dr. Weinmann,
Prag.

3.) nachrichtlich an:
den
Leiter der Abt. VI
des Deutschen Staatsministeriums
~~1/4~~-Hauptsturmführer Dr. Ernst A. Schmidt -
Prag.

Betr.: Minister Hrubý -
Ablieferungsschlacht.

Vorg.: ohne.

Anlässlich seines Besuches bei Minister Hrubý am 27.10.44.
erklärte Chefredakteur Ježek einem deutschen Mitarbeiter,
dass es notwendig sein werde, als Ergänzung zur Erzeugungsschlacht
nun auch eine Ablieferungsschlacht durchzuführen.

Dementsprechend müssten in Prag und Brünn 2 grosse Tagungen mit
allen beteiligten Faktoren und im Anschluss daran weitere Versamm-
lungen und Sitzungen in den Bezirken und Gemeinden durchgeführt
werden.

Wesentlich wäre es, die Dinge entsprechend zu formulieren und vor
allem auf das psychologische Moment Rücksicht zu nehmen. Es käme
heute hauptsächlich darauf an, was man den Leuten sage und wie man
es ihnen sage. Man müsste auf deutscher Seite klar mitteilen, was
man im einzelnen wünsche, und die ganze Angelegenheit im übrigen
dem tschechischen Sektor überlassen. Mit Rücksicht auf die politi-
sche Situation hätte es keinen Sinn, langatmige deutsche Reden zu
halten; das Schwergewicht in dieser Propaganda müsste auf tschechi-
scher Seite liegen.

9a

J. verspricht sich nach seinen Äusserungen durch eine derartige Aktion wesentliche Steigerung der Ablieferungen, will noch detaillierte Vorschläge machen und bat, diese Dinge an Dr. Schmidt heranzutragen.

Wohlgelegen!

darab

f. Hrubý zum Bericht an den Reichsminister Dr. Frank

Ministeramt
24. NOV. 1944

Prag, den 23. November 1944

Urschriftlich
dem 4-Obergruppenführer Staatsminister Frank
im Hause

zurückgereicht mit dem Bemerken, daß Minister Hrubý am 1.12.1944 in Prag und am 2.12.1944 in Brünn die Versammlungsreihe für die Ablieferungspropaganda eröffnen wird. In allen Gemeinden sollen Ernährungsschlachtversammlungen abgehalten werden, in denen außer Angehörigen des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft Verbraucher einen Appell an die Landbevölkerung zur Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht richten (vgl. Punkt 4.) des Berichts über meinen Vortrag bei dem Herrn Staatsminister am 23.11.1944).



58286

f. Hrubý

Vf-53/44

Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS
SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentsch,
Sachsenweg
Fernsprecher 774-44

8. November 1944

III - SA 60

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und
den Gegenstand bei weiteren Schreiben
anzugeben

Streng vertraulich!

An den
Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren
SS-Obergruppenführer K.H. Frank
Prag



Betr.: Besprechung der Volksgruppenführer in Wien am 28. und
29.10.1944

Vorg.: Befohlener Bericht (Planungsbesprechung vom 6.11.1944)

Über die Besprechung der Volksgruppenführer in Wien wurde hier
vertraulich folgendes bekannt:

"Am 28. und 29.10.1944 fanden in Wien Besprechungen der Volks-
gruppenführer statt, zu denen SS-Obergruppenführer Lorenz ein-
geladen hatte. Zu den Besprechungen waren erschienen: Volksgruppen-
führer Dr. Janko, Volksgruppenführer Karmasin und
SS-Hauptsturmführer Müller, als Vertreter des Volksgruppenführers
Andreas Schmidt. Volksgruppenführer Dr. Basch war nicht
anwesend.

Es fiel während der Besprechungen auf, dass SS-Obergruppenführer
Lorenz mehrfach SS-Hauptsturmführer Müller als Volksgruppenführer an-
redete und auf dessen Protest hin, dass er nur den Volksgruppenführer
zufällig vertrete, erklärte, wenn er den Volksgruppenführer vertrete,
sei er Volksgruppenführer. Es entstand der Eindruck, dass die Volks-
deutsche Mittelstelle Schmidt als Volksgruppenführer ablösen und
durch Müller ersetzen will.

SS-Obergruppenführer Lorenz hielt anhand eines kleinen Zettels
eine kurze Ansprache, in der er sich vor allem darüber beschwerte,
dass einzelne Volksgruppenführer unmittelbar mit Reichsstellen ver-
handelten. Insbesondere habe Dr. Janko mit Gauleiter Dr. Jury und
durch Mittelsmänner mit SS-Obergruppenführer Frank gesprochen.
Es wurde nicht erwähnt, dass Volksgruppenführer Karmasin wegen der
Aufnahme bestimmter Teile seiner Volksgruppe unmittelbar mit Gaulei-
ter Henlein Absprachen getroffen hat. Durch diese unmittel-
baren Besprechungen entstehe nun ein Durcheinander. Es komme in keiner
Weise in Frage, dass die Volksgruppenführer im Reich selbständig auf-
treten, sondern sie seien den jeweiligen Referenten der Volksdeutschen

1.
S. M. VS-54/44

10a
Mittelstelle eindeutig unterstellt.

Aus den weiteren Ausführungen ging hervor, dass ursprünglich von Seiten der Volksdeutschen Mittelstelle geplant war, die Volksgruppenführungen formell aufzulösen. Mit Rücksicht auf den ausdrücklichen Wunsch von $\frac{1}{4}$ -Obergruppenführer Frank, dass die Volksgruppenführung Serbisches Banat der in Böhmen und Mähren untergebrachten Volksdeutschen bestehen bleibt, hat man diesen radikalen Plan anscheinend fallen gelassen. Es sollen offenbar die Volksgruppenführer als Volksgruppenführer im Amte bleiben, jedoch in Wien zum Stabe der Volksdeutschen Mittelstelle treten. In Wien erfolgt ein Ausbau der Volksdeutschen Mittelstelle, der sich schon darin ausdrückt, dass $\frac{1}{4}$ -Obersturmbannführer R i e m a n n zukünftig mit Unterbrechungen längere Zeit in Wien weilen wird. Eine völlige Klarheit über die Pläne der Volksdeutschen Mittelstelle besteht jedoch nicht. So hat z.B. der Leiter der Finanzabteilung der Volksdeutschen Mittelstelle, L o h r, eindeutig erklärt, dass er für die Volksgruppenführer und Volksgruppenführungen keinerlei Geld mehr zur Verfügung stelle. Die Volksgruppenführer und ihre Mitarbeiter haben im Reich keine Funktionen und sollten sich ihr Leben auf dem Wege des beruflichen Arbeitseinsatzes verdienen.

In der Besprechung wurde dann darauf hingewiesen, dass die Volksdeutsche Mittelstelle eine gemeinsame Zeitschrift für alle südostdeutschen Evakuierten herausgeben werde. Hauptschriftleiter dieser Zeitschrift soll der reichsdeutsche Redakteur L a n g e werden.

Lange war im Laufe dieses Sommers auf Veranlassung der Volksdeutschen Mittelstelle dem Banater Beobachter in Betschkerek zugeteilt. Da er in dieser Funktion restlos versagt hat, wurde er vom Volksgruppenführer der Volksdeutschen Mittelstelle bereits vor der Evakuierung wieder zur Verfügung gestellt. Es lässt sich nachweisen, dass Lange Defaitist ist. Lange hat im übrigen während seines monatelangen Aufenthaltes in Betschkerek keine Zeile geschrieben, sondern die Zeitung durch Ausschnitte aus fremden Blättern gefüllt. Er gehört journalistisch zu der untersten Gruppe der unbegabten deutschen Zeitungsleute, hat jedoch für $\frac{1}{4}$ -Obersturmbannführer Riemann den grossen Vorzug, dass er als Angehöriger der Hauskompanie der Volksdeutschen Mittelstelle der Befehlsgewalt der Volksdeutschen Mittelstelle unterliegt. Volksgruppenführer Dr. Janko hat der Beauftragung von Lange widersprochen und erklärt, dass für die Zeitung nur der Hauptschriftleiter Hans T h u r m,



(Banater, zuletzt Kriegsberichterstatter, vorher im Propagandaministerium Berlin tätig) reichsdeutscher Staatsangehöriger, oder der Siebenbürger Sachse Dr. Otto L i e s s , in Frage kommen könne.

Bei den Besprechungen mit den einzelnen Amtschefs der Volksdeutschen Mittelstelle ergab sich, dass fast alle Amtschefs (mit einer Ausnahme) grundsätzlich davon ausgingen, dass es Volksgruppenführungen in Zukunft nicht mehr gebe. Die Volksdeutsche Mittelstelle werde alle sich ergebenden Fragen von sich aus lösen und die bisherigen Amtswalter in den Volksgruppenführungen lediglich beratend hinzuziehen. Eine Ausnahme machte lediglich der Amtschef H e l l e r , der von sich aus erklärte, dass er nicht die Absicht habe, seinen Apparat zu vermehren. Die Erklärung brachte eine gewisse Verstimmung bei seinen Kollegen hervor, die im Augenblick bemüht sind, ihre Ämter mit geeigneten Fachkräften aus den einzelnen Volksgruppen aufzufüllen."

Es wird gebeten, obigen Bericht streng vertraulich zu behandeln, damit nicht Volksgruppenführer Dr. Janko neue Unannehmlichkeiten zu gewärtigen hat.



77177

Kavali

// Oberführerabteilungsleiter

Sicherheitsdienst des Reichsführers-~~SS~~

SD-Leitabschnitt Prag

III G - G.Rs.SA 54 a
Dr.Sch./Jo.

An den
Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren
~~SS~~-Obergruppenführer K.H. Frank
Prag

Betr.: Haltung verantwortlicher Personen des öffentlichen Lebens -
Firma Hans B u b e , Stuttgart, Feuerbacher Heide 57.
Vorg.: Ohne
Anlg.: 1.

Anliegend wird mit der Bitte um Kenntnisnahme Abschrift
eines dem Reichssicherheitshauptamt sowie dem SD-Leitabschnitt
Stuttgart übersandten Berichts über die im Betreff genannte Firma
übersandt.

12
Prag-Bubentsch, 13. November 1944
Sachsenweg
Fernsprecher 774-44

Ministeramt

16. NOV. 1944
19/11

18550

Herold
~~SS~~-Obersturmbannführer

St. M. V F-55/44

141
Zinn Vortrag 26.11.44 Mi

Prag, den 13. November 1944

Betr.: Haltung verantwortlicher Personen des öffentlichen Lebens -
Firma Hans B u b e , Vertretungen, Stuttgart, Feuerbacher
Heide 57.

Bereits mehrfach war festzustellen, daß die Stimmung der
hiesigen deutschen Bevölkerung nicht unwesentlich durch Briefe von
Personen oder Firmen aus dem Reich im negativen Sinne beeinflußt
wurde und Protektorats-defaitistischen Erwägungen erheblichen Auf-
trieb verliehen.

Die Stuttgarter Firma B u b e sandte an eine Schafwoll-
warenfabrik in Brünn einen mit 19.9.1944 datierten Brief, der seiner
ganzen Formulierung nach wahrscheinlich in mehreren Exemplaren ver-
schickt worden sein dürfte. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr !

Ich komme heute zurück auf Ihre Mitteilung vom 6. ds. Mts.
und kann Ihnen nur nach wie vor eine Verlagerung Ihrer
Waren usw. empfehlen, denn nachdem die feindlichen Armeen
unsere Reichsgrenzen erreicht haben, müssen wir ja doch,
wenn wir mit beiden Beinen auf der Wirklichkeit stehen,
mit einer Besetzung des Reiches rechnen, wenn wir es auch
nicht hoffen und noch viel weniger wünschen wollen.

Ich stehe nun auf dem Standpunkt, daß alsdann die Divisionen,
welche vom Westen kommen, bei weitem zivilisierter und
disziplinierter und korrekter sein werden, als die, welche
von Osten und Südosten hereinbrechen. Letztere sind mit
ausgehungert voll Habgier und voll Haß und da ist es schon
besser, wenn man einige Waren nach dem anderen Teile ver-
lagert hat.

Bei objektiver Beurteilung werden Sie mir recht geben. Mit
näheren Angaben über die mir zur Verfügung stehenden Räume
diene ich Ihnen gern und bitte Sie diesbezüglich um Ihre
Rückäußerung. Im übrigen würde ich es begrüßen, wenn Sie
mir unabhängig von dieser Sache für meine gute süddeutsche
Kundschaft gegen Bekleidungsscheck etwas zum Kauf an Hand
geben würden.

Im übrigen dürfen Sie versichert sein, daß ich Ihre mir
anvertraute Ware wie mein Eigentum behüten und bewachen würde
In Erwartung Ihrer Rückäußerung empfehle ich mich Ihnen,

Ihr sehr ergebener
gez. Unterschrift."

Mit diesem Schreiben verrät sein Verfasser nicht nur seine
offensichtliche innere Verbundenheit mit dem "zivilisierten,

Prag, den 13. November 1944

disziplinierten und korrekten" anglo-amerikanischen Gegner, sondern trachtet in heuchlerischer Sorge, Teile der im Protektorat lagernden Waren dem Zugriff der "ausgehungerten und habgierigen Divisionen aus dem Osten und Südosten" zu entziehen. Daß er dabei auch auf sein Geschäft nicht vergißt und für seine gute süddeutsche Kundschaft etwas zum Kauf an die Hand erhalten möchte, vervollständigt den ungünstigen Eindruck von der Persönlichkeit bzw. der Geschäftsführung Bubes.

Mit Rücksicht auf die obenangeführten stimmungsmäßigen Auswirkungen derartiger Schreiben erscheint es hiesigen Erachtens notwendig, gegen die Firma B u b e geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

"Sehr geehrter Herr . . . !
 Ich komme heute zurück auf Ihre Mitteilung vom 6. ds. Mts. und kann Ihnen nur noch wie vor eine Verlagerung Ihrer Waren usw. empfehlen, denn nachdem die feindlichen Armeen unsere Reichsteile erreicht haben, ist die Lage für uns nicht hoffend und noch viel weniger wünschenswert. Ich stehe nun auf dem Standpunkt, daß alsdann die Divisionen welche vom Westen kommen, bei weitem zivilisierter und disziplinierter und korrekter sein werden, als die, welche von Osten und Südosten heranziehen. Letztere sind ausgehungert voll Habgier und voll Haß und da ist es schon besser, wenn man einige Waren nach dem anderen Teile verlagert hat.

Bei objektiver Beurteilung werden Sie mir recht geben. Mit näheren Angaben über die mir zur Verfügung stehenden Räume diene ich Ihnen gern und bitte Sie diesbezüglich um Ihre Rückantwort. Im übrigen würde ich es begrüßen, wenn Sie mir unabhängig von dieser Sache für meine gute süddeutsche Kundschaft gegen Bekleidungsstücke etwas zum Kauf an Hand geben würden.

Im übrigen dürfen Sie versichert sein, daß ich Ihre mir anvertraute Ware wie mein Eigentum behüten und bewahren werde. In Erwartung Ihrer Rückantwort empfehle ich mich Ihnen,

Ihr sehr ergebener
 Ges. Unterschrift."

Mit diesem Schreiben vertritt sein Verfasser nicht nur seine offensichtliche innere Verbundenheit mit dem "zivilisierten"

Reichssicherheitshauptamt
II B 4 Nr. 3023/44 - 211 -5-

(10) Chemnitz, den 10. November 1944.
Kronenstrasse 20 I.

Ministeramt

An
die nachgeordneten Dienststellen der Sicherheitspolizei
und des SD - Verteiler E - ,
das Referat II C 3
im Hause

19. NOV. 1944

mit dem Ersuchen, die beiliegenden 50 Abdrucke an alle
Dienststellen des RSHA. weiterzuleiten, bei denen nicht-
beamtete Kraftfahrer beschäftigt werden.

Nachrichtlich
an die Amtschefs des RSHA. - Verteiler A -
ohne die Referate I Org. und I B 3 .

Betrifft: Alkoholgenuss auf Kraftfahrten.

Das Reichsversicherungsamt - Abt. für Unfallversiche-
rung - hatte früher schon mehrfach entschieden, dass die durch
Alkoholgenuss bedingte Unfähigkeit zur sicheren Führung eines
Kraftfahrzeugs das Lösen des Kraftfahrers vom Betrieb zur Fol-
ge hat. Etwaige Unfälle wurden somit nicht als Dienst- oder
Betriebsunfälle anerkannt. Den verletzten Kraftfahrern oder
-im Falle ihres Todes - ihren Hinterbliebenen wurde versiche-
rungsrechtlich jeder Schutz versagt.

Nunmehr hat das Reichsversicherungsamt auch der Witwe
eines Kriminalangestellten (Kraftfahrers), der in den Diensten
der Sicherheitspolizei gestanden hatte, die Unfallrente ver-
weigert, nachdem der Kriminalangestellte auf einer Fahrt mit
dem Dienstkraftwagen nach Alkoholgenuss tödlich verunglückt war.

Es wird ersucht, alle nichtbeamteten Angehörigen der
Sicherheitspolizei und des SD, die zum Führen von Dienstkraft-
fahrzeugen befugt sind, oder denen diese Befugnis künftig er-
teilt wird, über diesen Sachverhalt zu belehren.

Empfehlenswert ist, die Belehrung in angemessenen Zeit-
räumen - etwa jährlich - zu wiederholen.

Im Auftrage :
(gez.) Dr. Kaufmann .

Beglaubigt:
Kohl
Kanzleiangestellte.



Handwritten initials: v. a. d.

Handwritten file number: 22/ 77. 44

Handwritten file number: St. M. V 9-56/44

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Brünn."Sofortmassnahmen"V e r z e i c h n i s

der zerstörten und nicht wieder aufgebauten Häuser, Gewerbebetriebe,
öffentlichen Gebäude.

Es sind zerstört oder schwer beschädigt und noch nicht
wieder aufgebaut oder instandgesetzt:

Baueinsatz- gruppe:	Wohngebäude	Gewerbebetrie- be	öffentliche Gebäude	Insgesamt:
<u>1./ Fliegerangriff am 25. August 1944</u>				
II. Zeile	1	7	-	8
IV. Gastein	66	-	-	66
V. Schimitz	36	1	1	38
zusammen	103	8	1	112
<u>2./ Fliegerangriff am 20. November 1944</u>				
I. Krautmarkt	35	8	18	61
II. Zeile 61	26	4	-	30
III. Winterholler- platz	41	1	7	49
IV. Tivoli 18	27	1	8	36
V. Schimitz	120	11	6	137
VI. Spitalwiese	11	11	1	23
VII. Kumrowitz	90	3	3	96
zusammen	350	39	43	432
<u>3./ Fliegerangriff am 19. Dezember 1944</u>				
B. G. I.-VII.	-	-	-	-
zusammen	0	0	0	0
1./, 2./, 3./, Fliegerangriff insgesamt:	453	47	44	544

Landeshauptstadt Brünn

gegen die Luftangriffe vom 25. August 1944

27/ - 45

S. M. V F - 57 a / 44

15a

Ministeramt
- 5 FEB. 1945

An die Ministeramt

mit Abfertigung per Ausweisung für die

Herrmann 3/2.

Zum Vorzug 8. II. 1945



27460

St. M. V F-57 a/44

Nusser: 101/44

Prag, den 25.11.1944.

Tagesbericht

Geheim!

(Streng vertraulich, nur zum persönlichen Dienstgebrauch
des Empfängers)

Stimmungsmässige Auswirkungen der letzten Luftangriffe auf
Mähren bei der Bevölkerung.

Die Bevölkerung von Brünn und Umgebung lebt seit dem Luftangriff am 20.11. in ständiger Angst vor neuen Angriffen. Trotz der öffentlichen Aufrufe, Ruhe zu bewahren, und der Versicherung, dass durch die bestehenden Einrichtungen bei Luftgefahr rechtzeitig Warnung erfolgen werde, konnte bisher doch nicht verhindert werden, dass die Bevölkerung täglich durch blinde Alarme immer aufs neue stärkstens beunruhigt wird. Seit dem 20.11. ist unter den Tschechen bei der Bewertung des Angriffs ein deutlicher Wandel zu beobachten. Während unmittelbar nach dem Angriff lediglich von Seiten der Betroffenen die Bombardierung der Stadt als Terroraktion der Anglo-Amerikaner bezeichnet wurde und die übrige Bevölkerung im allgemeinen in ihren Stellungnahmen grösste Zurückhaltung zeigte, wird in dem Angriff nunmehr von dem überwiegenden Teil der tschechischen Bevölkerung von Brünn unter dem Eindruck der entstandenen Schäden ein ausgesprochenen Terrorangriff gesehen. Besonders die Tatsache, dass neben Wohnvierteln auch Krankenhäuser und sonstige dem Wohle der Bevölkerung dienende öffentliche Einrichtungen beschädigt bzw. völlig zerstört wurden, hat die Tschechen in dieser Meinung bestärkt. Stärkstens beeindruckt zeigt man sich auch von den mehr oder weniger beschädigten Kirchen, vor welchen sich immer wieder zahlreiche Tschechen einfinden. Vor allem von älteren Tschechen wird angesichts der beschädigten Kirchen mit scharfen Worten darauf hingewiesen, dass diese Handlungsweise der Anglo-Amerikaner reine Barbarei sei. Kenn-

zeichnend dafür, wie heute die meisten Tschechen den Angriff auf Brünn bewerten, sind u.a. folgende Ausserungen:

Ein tschechischer Architekt: "Ich glaubte nie der Presse, die von reinen Terrorangriffen sprach. Nachdem ich aber das erleben musste, was wir hier in Brünn um uns sehen, muss ich sagen, dass es eine Provokation der Menschheit ist und dass diese Angriffe tatsächlich nichts anderes als Terror sind. Wenn das Reichsgebiet bombardiert wird, so ist mir das begreiflich, denn das Reich steht mit England und Amerika im Krieg, wenn aber diese Schufte auch unsere Städte in Böhmen und Mähren angreifen, dann soll mir niemand mehr erzählen, dass sie es mit uns Tschechen gut meinen. Anscheinend machen sie überhaupt keinen Unterschied zwischen den Deutschen und uns. Das wird sich rächen".

In ähnlicher Weise äusserte sich ein ehemaliger tschechischer Sozialdemokrat. Er erklärte, dass es für diese Tat keine Ausrede und Entschuldigung gebe. Der Hinweis, dass der Krieg so etwas erforderlich mache, könne unmöglich anerkannt werden. Es sei fürchterlich schwer, wenn man zusehen müsse, welches Elend über das tschechische Volk kommt, denn man müsse leider damit rechnen, dass dieser Angriff nur der Anfang zu noch schlimmeren Tagen und Wochen gewesen sei.

Auch von Seiten der Arbeiterschaft, die von Anfang an den Angriff zumeist verurteilt hatte, werden immer wieder Stimmen laut wie:

"Wenn sie die Fabriken zerstören, so können wir dies verstehen, dass sie aber die Wohnviertel bombardiert haben, wurde nicht erwartet".

"Was hat das für einen Sinn, wenn uns die Amerikaner alles kaputt werfen. Wenn die Russen kommen, erhalten wir keinen Ersatz dafür".

"Diese Gangster! Es ist doch mit Stalin vereinbart gewesen, dass das Protektorat verschont bleibt".

Die bolschewistische Propaganda versucht, wie verschiedentlich beobachtet werden konnte, sich diese Stimmung der Tschechen gegen die Anglo-Amerikaner zunutze zu machen. So konnte z.B. festgestellt werden, dass bolschewistisch eingestellte Elemente in der Arbeiterschaft zwar den Angriff als eine "Tat der plutokratischen Schweine" ablehnen, gleichzeitig aber darauf hinweisen, dass diese rücksichtslose Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung von Sowjet-Russland nicht angewendet werde.

Obwohl deutschfeindlich eingestellte Intelligenzkreise im allgemeinen in ihren Stellungnahmen sehr zurückhaltend sind, so dass es den Anschein hat, als wollten sie abwarten, wie die übrige Bevölkerung den Angriff beurteile, sind dennoch Anzeichen dafür vor-



handen, dass von ihnen versucht wird, den Angriff zu einer deutschfeindlichen Agitation auszunützen. U.a. wird in diesen Kreisen behauptet, dass die Tschechen in Brünn von den Alliierten rechtzeitig gewarnt und aufgefordert worden seien, sich nach dem 15.11. bei Luftalarm in die Luftschutzkeller zu begeben. Nur dieser Tatsache sei es zu verdanken, dass der Angriff so wenige Opfer gekostet habe. Im übrigen, so wird erklärt, wäre Brünn überhaupt nicht bombardiert worden, wenn es nicht einen Stützpunkt der Deutschen darstellte. Trotzdem sei klar zu erkennen, dass in der Hauptsache nur die deutschen Viertel der Stadt bombardiert wurden. Auch mit anderen Argumenten versucht man, den Angriff auf die Wohnviertel der Stadt und die Zivilbevölkerung zu begründen und zu entschuldigen. So wird z.B. erklärt, dass die anglo-Amerikaner wegen des totalen Kriegseinsatzes der Tschechen auf solche Angriffe nicht verzichten könnten. Der ruhige Verlauf des 28.10. und die Anwesenheit des Deutschen Staatsministers in Brünn werden gleichfalls als Grund der Bombardierung angegeben.

Über die Organisation nach dem Luftangriff wird von der Bevölkerung fast durchweg nur geringschätzig gesprochen. Die Absperrungen und sonstigen Massnahmen hätten überall Planlosigkeit erkennen lassen, die Brandbekämpfung sei gänzlich ungenügend gewesen und vor allem Dingen mit unzureichenden Mitteln und Geräten durchgeführt worden. Namentlich der Umstand, dass lange Zeit nach dem Angriff die Strassenbahnen nicht in Betrieb gesetzt wurden und zur Überbrückung der Verkehrsschwierigkeiten keinerlei Vorkehrungsmassnahmen getroffen worden waren, wurde stark kritisiert. Dagegen wurde lobend hervorgehoben, dass der Zugverkehr trotz der schweren Beschädigung der Bahnhöfe und Eisenbahnstrecken schon nach kurzer Zeit verhältnismässig gut funktionierte.

Dass der Angriff auf Brünn nicht am folgenden Tag im Wehrmachtbericht erwähnt wurde, hat die Bevölkerung, sowohl Deutsche als auch Tschechen, sehr verärgert. Häufig wurde erklärt, dass man an seine Angehörigen Eilmachrichten verschickt habe und diese nun nicht wissen würden, wie sie daran seien. Man könne nicht einsehen, so wurde geäussert, warum die Propaganda ausgerechnet die Bombardierung Brünns verschweigen wolle.

Die Anwesenheit des Vorsitzenden der Protektoratsregierung, Dr. Krejčí, in Brünn, der am Nachmittag des 21.11. einige Schadensstellen besichtigte, wurde von der tschechischen Bevölkerung allgemein mit dem am Vortag erfolgten Terrorangriff in Verbindung gebracht. Obwohl Dr. Krejčí von einem Grossteil der Tschechen offensichtlich erkannt wurde, wurde er doch nur selten begrüsst. Bei der Besichtigung beschränkte er sich lediglich auf die Meldungen der einzelnen diensthabenden Polizeiorgane, ohne mit der betroffenen Bevölkerung näheren Kontakt aufzunehmen.

Von dem deutschen Bevölkerungsteil der Stadt Brünn wurde an den Betreuungsmassnahmen der zuständigen deutschen Stellen zum Teil sehr starke Kritik geübt. Es kam z.B. vor, dass Volksgenossen, die am Tage des Angriffs Brotzuteilung und Nachtquartier verlangten, mit dem Bemerkten abgewiesen wurden, sich an das nächste Hotel zu wenden. In einem Fall waren Bombengeschädigte 24 Stunden hindurch obdachlos, weil die für ihre Unterbringung bestimmte Schule geschlossen war. Die Schwierigkeiten in der Bezugscheinzuteilung waren in erster Linie darauf zurückzuführen, dass sich bei den Wirtschaftsämtern, als von den Betreuungsstellen dort angerufen wurde, kein amtierender Beamter mehr vorhanden war. Verschiedentlich wussten sich Amtswalter der NSV dadurch zu behelfen, dass sie von sich aus Bezugscheine ausstellten und zur Verteilung brachten. Bei der Beschaffung von Notquartieren wirkte sich auch der Umstand erschwerend aus, dass das Recht, leerstehende Wohnungen Bombengeschädigten sofort zur Verfügung zu stellen, nur den Organen der Stadtgemeinde zusteht, so dass die NSV-Amtswalter nicht von sich aus Verfügungen treffen konnten.

Die Bevölkerung der Stadt Zlin sowie die Arbeiterschaft der Bata-Werke verhielt sich nach Auslösung des Alarms am 20.11. nur in wenigen Fällen luftschutzmässig. Die Belegschaft der Bata-Werke, die schon vor dem Alarm aus den Werkstätten entlassen worden war, hatte sich in die Nähe der Luftschutzstollen und Deckungsgräben begeben, von wo aus sie neugierig die feindlichen Flugzeuge beobachtete. Insbesondere jugendliche Bata-Arbeiter fanden hierbei wiederum anerkennende Worte für diese "mächtige Demonstration der anglo-amerikanischen Luftüberlegenheit". Ein ähnliches Bild zeigte sich vor den Bunkern in der Stadt. Auch auf der Strasse in Richtung



Ung.-Brod hielten sich Hunderte von Menschen auf, ohne sich luftschutzmässig zu verhalten. Als die ersten Bomben fielen, entstand bei vielen Bunkereingängen ein wildes Durcheinander, bei dem sich viele Personen Verletzungen zuzogen. Nach dem Angriff verliessen viele Tschechen, nachdem sie sich überzeugt hatten, dass ihr eigenes Haus nicht in Mitleidenschaft gezogen worden war, die Stadt, um die brennenden Bata-Werke besser übersehen zu können. Dabei wurde nur selten Entrüstung gezeigt; die meisten Tschechen bewunderten die "Zielsicherheit" der amerikanischen Flieger. Die Schuld an dem Angriff wurde in vielen Fällen den Deutschen zugeschrieben.

So wiesen z.B. Angehörige des Bata-Internats bei Besichtigung des getroffenen Viktorie-Hotels darauf hin, dass am Dach dieses Gebäudes ein Flakscheinwerfer aufmontiert war, wie denn überhaupt diese Einrichtungen dafür verantwortlich zu machen seien, dass Zlin bombardiert wurde.

Wie wenig beeindruckt sich die tschechische Arbeiterschaft der Bata-Werke im allgemeinen zeigte, geht z.B. daraus hervor, dass namentlich jüngere Bata-Arbeiter ihre Freude darüber zum Ausdruck brachten, dass sie nun längere Zeit nicht mehr zu arbeiten brauchen würden. Lediglich von langjährigen Bata-Arbeitern wurden beim Anblick der brennenden bzw. vernichteten Werksgebäude bedauernde Äusserungen laut, wie: "Da haben Tausende ihr Brot gefunden und jetzt ist es mit einem Schlag für viele vorbei". Vereinzelt wurde auch darauf hingewiesen, dass, obwohl man schon vor Monaten von einer Verlagerung der riesigen Materialmengen gesprochen habe, nun doch alles "zum Teufel gegangen" sei.

Die letzten Angriffe auf Brünn, Zlin und weitere Orte in Mähren haben bei der tschechischen Bevölkerung des Protektorates allgemein zu einer starken Unruhe und Nervosität geführt, da man in ihnen den Beginn einer Luftoffensive der Alliierten gegen Böhmen und Mähren als wichtige Etappe für die Südostfront erblickt. Zahlreiche Gerüchte über das Ausmass der Schäden und Opfer tragen dazu bei, bei den Tschechen die Angst vor weiteren Angriffen ständig zu erhöhen. Diese Gerüchte haben andererseits aber auch zur Folge, dass immer mehr Tschechen das Vorgehen der Anglo-Amerikaner als Terrorisierung der Zivilbevölkerung verurteilen. Alle Hoffnungen, dass die Städte des

Protektorats nicht angegriffen würden, da die Anglo-Amerikaner die Tschechen als ihre Verbündeten betrachten, hätten sich, so wurde verschiedentlich geäußert, als verfehlt erwiesen. Die bisher als Zweckpropaganda angesehenen Berichte über den Bombenterror seien nunmehr als traurige Wahrheit bestätigt worden. Dem englischen Rundfunk, der stets behauptet habe, dass nur kriegswichtige Objekte bombardiert würden, könne man nun keinen Glauben mehr schenken. Nicht selten wird die Londoner Emigrantenregierung bezw. Benesch selbst für die Bombardierung böhmisch-mährischer Städte und Orte verantwortlich gemacht. Selbst als Kommunisten bekannte Tschechen erklärten, wie z.B. aus dem OLB Iglau berichtet wird, "Benesch in zwei Hälften zerreißen zu können", da er ausserstande sei, in London und Moskau eine Bombardierung des Protektorats zu verhindern. Deutschfreundliche Tschechen sind in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass ihre Volksgenossen sich gegenwärtig in einer Verfassung befänden, die von der Propaganda psychologisch richtig ausgenutzt werden müsste. Demgegenüber fehlt es jedoch auch weiterhin nicht an Stimmen, die die Angriffe zu beschönigen suchen, indem sie von der Notwendigkeit der Zerschlagung aller Rüstungsbetriebe und Verkehrsknotenpunkte im Protektorat sprechen. In Königgrätz begründeten Tschechen die Bombardierung von Brünn damit, dass dort hin das Führerhauptquartier verlegt worden sei. In Iglau wiederum gaben Tschechen dem Umstand die Schuld, dass angeblich General Wlasow in Brünn Besprechungen abgehalten habe. Tschechen in Pilsen dagegen führten die Bombardierung auf eine Vergeltungsaktion der Anglo-Amerikaner für die angeblich im Protektorat erzeugte V 2-Waffe zurück.

Ri.



27457

Terrorangriff auf Brünn.

Der Staatsminister besichtigt mit dem Oberbürgermeister die Schadensstellen.

11.45 Uhr Bombenangriff 200 bis 250 Flugzeuge. sehr viele Spreng- und Brandbomben schweren und mittleren Kalibers, viele Blindgänger und Langzeitzünder. Fliegerhorst nicht getroffen. Kasernen ebenfalls nicht getroffen. Drei Wehrmachtlazarette wurden getroffen. 1 Toter, 20 Verletzte. Bahnhofsgebäude getroffen. Viele Betriebe getroffen, Brand- und Häuserschäden, ungefähr 80 Verluste. Bis 21.00 Uhr gemeldet: 94 Tote, 138 schwer und 270 leicht verletzt. Die Diensträume des Luftschutzwarnkommandos unversehrt. Alle Leitungen gestört.

gez. Ferkl.

Prag, den 20. November 1944.

Klein.

V A-57/44g

Es wird gebeten, bei Besuchen und dem Gegenstand bei Besuchen zu schreiben

20
Ministeramt
Eing.: 22 NOV. 1944

An den *15/11/45*
Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren
44-Obergruppenführer K.H. Frank

Prag.

Betr.: Haltungsmangel des Werkdirektors Alfred Weikert der Waffenwerke Brünn A.G., Werk Gurein.

Vorg.: Ohne.

Bei dem Luftangriff auf Brünn am 25.8.44 erhielt die Befehlsstelle des Luftschutzleiters der Waffenwerke Brünn A.G. einen Volltreffer. Während einige Personen getötet und verletzt wurden, blieben der Werkdirektor Weikert und zwei weitere leitende Herren des Werkes, die sich ebenfalls in diesem Bunker befanden, unverletzt. Während diese jedoch ihre Arbeit sofort wieder aufnahmen, zog sich W. mit seiner ebenfalls im Werk tätigen Gattin zu einem 14-tägigen Erholungsurlaub in die Gegend von Nedwieditz zurück. Auch nach seiner Rückkehr beteiligte er sich nicht an den Wiederaufbauarbeiten, sondern liess während der ganzen Zeit die Leitung dem tschechischen Vizedirektor, Ing. Príkryl. Nachdem die grössten Arbeiten getan waren und die Produktion wieder anzulaufen begann, fing Weikert plötzlich an, den "starken Mann" zu spielen. Am 3.10. gab er einen Aufruf heraus, der überall im Werk ausgehängt wurde und in dem er "im Bewusstsein seiner Pflicht" alle diejenigen zur tätigen Mitarbeit aufruft, die den Sinn der Wiederaufbauarbeiten bisher noch nicht erfasst haben. Weiter verwies er auf seinen Aufruf vom Februar d.Js., in dem er seine "schützende und hilfreiche Hand" allen denjenigen angeboten hat, die ihre Pflicht erfüllen. Dass ein derartiger Aufruf bei der grösstenteils tschechischen Gefolgschaft im Hinblick auf das Verhalten des W. nach dem Angriff nur ein ironisches Lächeln hervorrief, ist weiter nicht verwunderlich.

Mit welchen wichtigen Problemen sich W. zur Zeit beschäftigt, geht aus folgendem Fall hervor: W. verlangte vom Vizedirektor Príkryl, er möge sein bisheriges Vorzimmer aufgeben und den neben seinem Vorzimmer gelegenen Raum dazu benützen, *b.w.*

damit der Kontakt zwischen den beiden Direktoren enger würde." Da sich jedoch Přikryl nicht von Weikerts Sekretärin überwachen lassen wollte, was der einzige Zweck dieser Maßnahme des W. war, liess er aus seinem neuen Vorzimmer eine Türe in den Gang brechen. Als W. dies erfuhr, gab er die Anweisung, die Trennungswand zwischen seinem Vorzimmer und Přikryls neuem Vorzimmer niederzureissen. So kam es, dass am 9.10. aus dem Gang 2 Türen nebeneinander in den gleichen Raum führten. Alle diese Arbeiten mussten während des Sonntags in Überstunden ausgeführt werden. Dies alles spielte sich in einem Werk ab, das durch den Bombenangriff schweren Schaden erlitten hatte und in dem jede Hand für die dringendsten Wiederherstellungsarbeiten gebraucht wurde.

Handwritten signature: Weikert

SS-Obersturmbannführer

Handwritten note: Zum Vortrag 16.10.1944 im

64 136



... wurden, bleiben der Werkdirektor Weikert und zwei weitere leitende Herren des Werkes, die sich während dieser Arbeit befanden, unverletzt. Während dieser Arbeit im Werk wieder aufgenommen, zog sich W. mit seiner ebenfalls im Gang tätigen Gattin zu einem 14-tägigen Erholungsurlaub in die Gegend von Weidach zurück. Auch nach seiner Rückkehr beteiligte er sich nicht an dem Wiederaufbauarbeiten, sondern liess während der ganzen Zeit die Leitung des technischen Vindiktors, Ing. Přikryl, nachher die Arbeiten weiter gehen und die Produktion wieder anzulassen begann, ging Weikert glücklicherweise den "starken Mann" zu werden. Am 5.10. gab er einen Auftrag heraus für Überall im Werk ausgeführt wurde und in dem er im Bewusstsein seiner "Fähigkeit" die einzigen zur tätigen Mitarbeit aufrief, die den Sinn der Wiederaufbauarbeiten klarer noch nicht erfaßt haben. Weiter verlies er auf seinen Kultur von Februar d. J., in dem er seine "schönste und nützliche Sache" allen denjenigen angeboten hat, die ihre "Fähigkeit" dazu einbringen könnten. Bei der ersten Hälfte der technischen Arbeiten schaltete er im Hinblick auf das Verhalten des W. nach dem Unfall nur ein technisches Fachwissen hervor, das weiter nicht verwandtlich.

Mit welchen wichtigen Problemen sich W. zur Zeit befaßt, geht aus folgendem Fall hervor: W. verlangte von Vize-Direktor Přikryl, er möge sein technisches Vorkommen aufgeben und den Namen seines Vorgesetzten zum Namen ändern.

Geheim

- 6. XII. 1944

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

~~Schlichtung des Sachverhaltes im Gesamten Profektors
Sofort auf den Tisch
Ich wäre dankbar, wenn die Obergruppenführer Frank eine
4-Standardartenführer Weimann.
stets über dem Stand der Angelegenheit unmittelbar Vor-
trag halten würden.~~

Der Tagesbericht des SD-Leitabschnitts Prag vom 5.12.d.Js.
- Zeichen Nummer: 104/44 enthält die nachstehende Meldung:
"Wirtschaftsorgane der Bezirksbehörde Gross-Meseritsch
führten am 20.11.1944 in der Doležal-Mühle in Wallin
(pol.Bez. Gross-Meseritsch), deren Besitzer seit längerer
Zeit flüchtig ist, eine Kontrolle durch. Sie liessen sich
von der Müllerin ein sehr ausgiebiges Abendessen verabrei-
chen und luden nachher die Mädchen des Dorfes ein, die mit
den "Herren Kontrolloren" tanzen mussten. Unter deutsch-
freundlich eingestellten Tschechen der umliegenden Ort-
schaften hat dieses Verhalten der Kontrollorgane grösste
Empörung und Ablehnung hervorgerufen. Da dies nicht der
erste Fall sei, dass Kontrollorgane ihre Befugnisse miss-
brauchten, sich mit Lebensmitteln beschenken und bewirten
liessen, wird von den Bauern des Bezirkes Gross-Meseritsch
eine exemplarische Bestrafung und Veröffentlichung des
Grundes der Bestrafung gefordert." 4-Obergruppenführer
Frank lässt Sie bitten, die Angelegenheit sofort einer
Nachprüfung zu unterziehen. Wird die Meldung auf Grund
der Nachprüfung bestätigt, sollen die in Frage kommenden
Kontrollorgane festgenommen und der Sonderbehandlung zu-
geführt werden. Die Sonderbehandlung hätte an Ort und
Stelle stattzufinden. Der Vollzug wäre unter entsprechender

12
21a

Prag, den 6. Dezember 1944

H. Pol. T. V B - 22/44 B.

Geheim

11. XII. 1944

Kanzlei setzte auf besonderen Befehl:

Schilderung des Sachverhaltes im gesamten Protektoratsgebiet durch Plakatierung bekannt zu machen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie Obergruppenführer Frank ehestens über den Stand der Angelegenheit unmittelbar Vortrag halten würden.

Der Tagesbericht des SD-Landesamtes Prag vom 5.12.44.
- Zeichen Nummer: 104/44 enthält die nachstehende Meldung:
"Wirtschaftsorgane der Besatzbehörden Gross-Messeraich
führten am 20.11.1944 in der Dofaßel-Mühle im Wallau
(pol. Bez. Gross-Messeraich), deren Bestatz seit längerer
Zeit fluchtartig eine Kontrolle durch die Besatzbehörden
von der Mühle aus durchzuführen. Die Besatzbehörden
oben und unten nachher die Mähdorn des Dorfes ein, die mit
den "Hexen Kontrollieren" fangen mussten. Unter deutsch-
freundlichen eingestellten Fachleuten der anliegenden Ort-
schaften hat dieses Verhalten der Kontrollorgane größte
Empörung und Ablehnung hervorgerufen. Da dies nicht der
erste Fall sei, dass Kontrollorgane ihre Befugnisse miss-
brauchen, sich mit Lebensmittel beschaffen und bewahren
lassen und von den Beamten des Besatzbehörden (deutsch-
A. d. A. 2.) die Besatzbehörden und Verflechtung des
Ordnung der Bestatzung gefordert." H-Obergruppenführer
Frank lässt Sie bitten, die Angelegenheit sofort einer
Nachprüfung zu unterziehen. Wird die Meldung auf Grund
der Nachprüfung bestätigt, sollen die in Frage kommenden
Kontrollorgane festgenommen und der Sonderbehandlung zu-
geführt werden. Die Sonderbehandlung hätte an Ort und
Stelle stattzufinden. Der Vollzug wäre unter entsprechender

8005

Prag, den 16. September 1942.

22

Geheim

1.) An

W-Sturmabteilführer Jacobi,

Prag.

In Sachen Erich Hoffmeister erwidere ich auf die dort. Zuschrift vom 5. d.Mts. - Zeichen VI - BV Z 110 geh. B.Nr. 3994/42, daß ich Hoffmeister im Jahre 1937 als Führer des SD-Unterabschnittes Trier kennengelernt habe. Hoffmeister war damals der maßgebende V-Mann des Unterabschnittes Trier in Luxemburg und bedurfte aus dem Grunde einer Überholung, weil seine Tätigkeit von der Wehrmacht beanstandet wurde. Ursprünglich hat Hoffmeister für die Wehrmacht gearbeitet und ist von dem verstorbenen W-Untersturmführer Quielitz als V-Mann gewonnen worden. Hoffmeister war als persönlicher Sekretär bei dem damaligen tschecho-slowakischen Generalkonsul Wilhelmy in Luxemburg beschäftigt. Wilhelmy war Honorarkonsul und befaßte sich mit Provisionsgeschäften in der Eisenindustrie. Hoffmeister bedurfte, da er sowohl für Wilhelmy als auch für sich Vorteile aus seiner Tätigkeit als V-Mann ziehen wollte und weil er darüber hinaus sehr unbeherrscht war, einer straffen Führung. Hierbei muß hervorgehoben werden, daß Hoffmeister jeden Auftrag, den er erhielt, sorgfältig und erschöpfend zu lösen versuchte. Bei den schwierigen Verhältnissen in Luxemburg blieb es nicht aus, dass Hoffmeister in den Verdacht geriet,

Geheim

gleichzeitig für den französischen Nachrichtendienst zu arbeiten. Ich weiß aber, daß dieser Verdacht durch eine sorgfältige Überholung von Hoffmeister, die $\frac{1}{2}$ -Brigadenführer Thomas in die Wege leitete, ausgeräumt wurde. Hingegen ist ein anderer, gleichzeitig auftauchender Verdacht bis heute ungeklärt geblieben, nämlich der Verdacht, daß Hoffmeister homosexuell veranlagt sei. Zwar unterhielt Hoffmeister mit seiner Wirtin in Luxemburg ein Verhältnis, indes waren seine Beziehungen zu einem jungen Luxemburger, namens Jules Faber, ungeklärt und durch eine besondere Intimität ausgezeichnet. Bei meinem Weggang von Trier war die Situation so gelagert, daß Hoffmeister als Mittelpunkt der nachrichtendienstlichen Beziehungen des Unterabschnittes Trier nach Luxemburg eingeschaltet werden sollte. Wie ich mich erinnere, sind über diesen Komplex bei dem SD-Oberabschnitt Fulda-Werra Vorgänge entstanden, die ich, ehe ein Urteil über Hoffmeister gefällt wird, anzufordern bitte. Eine zuverlässige Auskunft über Hoffmeister kann ausser Brigadenführer Thomas noch der letzte Hauptabteilungsleiter III des Oberabschnittes Fulda-Werra, der jetzige $\frac{1}{2}$ -Obersturmbannführer Heim, derzeit Krakau, geben. Ich persönlich möchte davor warnen, Hoffmeister ohne straffe Führung und, solange der einschlägige Komplex nicht geklärt ist, für den SD einzusetzen.

Heil Hitler!



28270

$\frac{1}{2}$ -Obersturmbannführer.

G e h e i m

St. S. Nr. 3994/42

G e h e i m

An den

Persönlichen Referenten beim Herrn Staatssekretär
des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

II-Obersturmbannführer Dr. G i e s
- persönlich - o. V. i. A.

P r a g

Betr.: H o f f m e i s t e r , Erich
geb. 11. 5. 06 in Duisburg

Vorg.: Ohne

Aus einem beim SD-Leitabschnitt Prag vorliegenden Tätigkeitsbericht des H o f f m e i s t e r ist zu ersehen, dass er angeblich im Jahre 1936 in Trier und Frankfurt a/M. für II-Obersturmbannführer G i e s tätig war.

Für eine Beurteilung des Reichssicherheitshauptamtes darf um Mitteilung gebeten werden, ob die Angaben des H. zutreffen und gegebenenfalls wie er beurteilt wird.

i. H.

J. Kuntze
II - Hauptsturmführer

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Prag

Prag II, den 29. November 1944.
Bredauer-Gasse 20.
Fernruf 300-41.

24

B.-Nr. 182/44 g - IV 1 a 1 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Geheim

An den

a/ SS-O'Gruf. K.H. Frank

Prag.

b/ BdS.

Prag.

Ministeramt
Ding: -2 DEZ 1944

Betrifft: Aufnahme von Verbindungen zu abgesprungenen F-Agenten.

Vorgang: Ohne.

Um Verbindungen zu abgesprungenen F-Agenten im Raume Münchengrätz zu erhalten, habe ich am 10.11.44 hier tätigen Krim.R.Insp. Panenska mit falschen Papieren versehen und dort eingesetzt.

Bereits am 15.11.44 kehrte Panenska zurück und meldet, dass die Bevölkerung der Gegend Knesmost - Skalka - Branzas - Valešov jede Unterstützung inbezug auf illeg. Quartier und Abgabe von Lebensmitteln ablehne, und sogen. Schutztruppen zur Verhinderung von Ueberfällen geschaffen hätte. Panenska musste, wo er anlief, sofort Flucht ergreifen, da Dorfeinwohner und Gendarmerie untereinander sich sofort alarmierten und Verfolgung aufnahmen.

Im Ort Nova Ves hat Panenska eines Tages Bauer bei Landarbeit angesprochen, um warmes Essen zu erhalten. Bauer verwies Panenska auf sein Gut und schickte inzwischen seinen Sohn zur Alarmierung der Ortswache, - so nennt Panenska diese Leute -. Panenska musste Flucht ergreifen und wurde von Gendarmeriebeamten und 15 - 20 mit Sensen, Mistgabeln und Knüppeln bewaffneten Ortsbewohnern verfolgt.

Diese Feststellungen zeigen, dass die szt. ver-

15/18/44g

St.M. V F-61/44g

24a

teilten bzw. abgeworfenen Flugblätter bei der Landbevölkerung Widerstandsmassnahmen gegen die abgesprungenen F-Agenten oder sonstigen Reichsfeinden erreicht haben.

P a n e n k a befindet sich z.Zt. in einem neuen Einsatz.

H. Garna



[Faint, mostly illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the page]

Deutsche Kriminalpolizei

Ministeramt

Kriminalpolizeileitstelle Prag

21. OKT. 1944

Prag II, den 11. Oktober 1944

M.-v.-Weber-Straße 7

Fernruf: 087

Tgb.-Nr. K II/3 - 393/44-g-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Geheim

An den Höheren 44- und Polizeiführer, 44-Obergruppenführer K.H. Frank,

in Prag.

Betrifft: Juden Sigismund R o s i n, geb. 23.6.97 in Kinten/Ostpreussen.

Vorgang: Tagesbericht der KPLSt. Prag vom 16.10.1944 - und schriftliche Weisung vom gleichen Tage.

Anlagen: 1 Tagesbericht.

Nachdem bereits von der Obersten Preisbehörde in Prag gegen R o s i n ein Preisverfahren geführt worden ist, in dem er wegen unberechtigt und zu viel genommener Provisionen verpflichtet wurde, Rückzahlungen an die Dienststelle des Befehlshabers der Ordnungspolizei in Prag vorzunehmen, wurden von hier aus gegen ihn kriminalpolizeiliche Ermittlungen eingeleitet. Das Ergebnis dieser Ermittlungen ist im Tagesbericht der KPLSt. Prag vom 16.10.1944 enthalten.

R o s i n hat es seit dem Jahre 1942 verstanden, indem er u.a. die Oberste Preisbehörde gegen den Befehlshaber der Ordnungspolizei ausspielte und beide täuschte, wobei er zweifellos seine Beziehungen zu Personen des Hauptamtes Ordnungspolizei ausnutzte, die Rückzahlungen der zu viel gezahlten Provisionen in Höhe von etwa 40 000.- RM zu verschleppen.

In seiner Wohnung konnte Schriftwechsel sichergestellt werden, aus dem hervorgeht, dass er mit nachstehenden Personen, die im Jahre 1939/40 den jeweils genannten Dienststellen angehörten, über den rein geschäftlichen Rahmen hinaus vom Jahre 1939 ab bekannt war:

- 1.) Ministerialdirigent R. S c h e i d e l, Hauptamt Ordnungspolizei,
- 2.) Regierungsrat v. P r e e t z m a n n,)
- 3.) Oberregierungsrat Dr. K n y,)
- 4.) Amtsrat N e y,)
- 5.) Polizeirat K l e i n g e i s t,)
- 6.) Amtsrat F o r s t e r)
- 7.) Hauptmann der Gendarmerie R u d a t bei der Regierung in Liegnitz,
- 8.) Major F r i e d r i c h beim Stab des BdO in Prag,
- 9.) Oberstleutnant K a t h, Leiter der Verwaltung des Staatskrankenhauses der Polizei in Berlin,
- 10.) Oberstleutnant Paul Otto G e i b e l beim BdO in Prag,
- 11.) Polizeirat R i e s e n b e r g, Polizeiverwaltung Kattowitz,
- 12.) Oberfeldmeister M a s s beim Reichsarbeitsführer, Amt TU.

Aus dem sichergestellten Schriftwechsel und aus den Vernehmungen des R o s i n geht hervor, dass die obengenannten Personen bis auf den Major F r i e d r i c h von R o s i n mit Wäsche, Stoffen u.a. Waren entweder beliefert oder ihnen von R o s i n Bezugsquellen zum Kauf dieser Waren genannt wurden. Diese Beschaffungen dürften auch bewirkt haben, dass ihm im Jahre 1939 von der Dienststelle des Befehlshabers der Ordnungspolizei ein Dienstzimmer

St. M. v. F. 62/44g.

25a

Deutsche Kriminalpolizei
Ministerium

zur Verfügung gestellt wurde und dass nach Erkennen der preiswucherischen Manipulationen des R o s i n eine abschliessende Abwicklung der Rückzahlung von 40 000.- RM vom Jahre 1942 bis zum Jahre 1944 nicht erreicht werden konnte.

Da erst durch die kriminalpolizeilichen Ermittlungen, wie in dem Tagesbericht zum Ausdruck gebracht, festgestellt wurde, dass R o s i n Nichtarier ist, dürften die genannten Offiziere und Beamten kaum mit Sicherheit gewusst haben, dass R o s i n Jude ist, obwohl er seiner äusseren Erscheinung nach durchaus als Jude angesehen werden kann.

Bei Abgabe des Vorganges an die Geheime Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Prag - ist darauf hingewiesen worden, dass durch die kriminalpolizeilichen Ermittlungen auf das Verhältnis des R o s i n zu den genannten Personen noch nicht näher eingegangen worden ist.

Nachdem bereits von der letzten Präsidialde in Prag gegen R o s i n ein Strafverfahren geführt worden ist, in dem er wegen Unrechtheit und zu viel genommener Provisionen verurteilt wurde, Rückzahlungen an die Dienststelle des Befehlshabers der Ordnungspolizei in Prag vorzunehmen, wurden er aus gegen ihn kriminalpolizeiliche Ermittlungen eingeleitet. In dem Tagesbericht der K.P.S.T. Prag vom 1. 11. 1944 enthalten. R o s i n hat es seit dem Jahre 1942 verstanden, indem er u. a. die Operate Präsidialde gegen den Befehlshaber der Ordnungspolizei ausübte und beide trachtete, wobei er weiterhin seine Bestrebungen zu Personen des Hauptamtes Ordnungspolizei ausnutzte, die Rückzahlungen der zu viel gezahlten Provisionen in Höhe von etwa 40 000.- RM zu verschleppen.

In seiner Wohnung konnte Schriftwechsel sichergestellt werden, aus dem hervorgeht, dass er mit nachstehenden Personen, die im Jahre 1939/40 den jeweiligen genannten Dienststellen angehört, über den rein geschäftlichen Rahmen hinaus vom Jahre 1939 ab bekannt war:

1. Ministerialdirekt R. S o n n e n b e r g, Hauptamt Ordnungspolizei,
2. Regierungsrat v. P r e s t e r n a n n,
3. Oberregierungsrat Dr. K. N. V.,
4. Amtsrat W. J.,
5. Polizeirat K. J. e i n g e i s e l,
6. Amtsrat F. o r s t e r,
7. Hauptmann der Gendarmerie, a. d. B. bei der Regierung in Liegnitz,
8. Major F. r i e d r i c h, a. d. B. in Prag,
9. Oberleutnant K. e. h., Verwaltung des Stabskanzleibüros der Polizei in Berlin,
10. Oberleutnant Paul O t t o, a. d. B. in Prag,
11. Polizeirat R. i. e. n. e. r, Polizeiverwaltung Kattowitz,
12. Oberleutnant M. a. a. a. d. B. in Prag, Amt TU.

Aus dem sichergestellten Schriftwechsel und aus den Vernehmungen des R o s i n geht hervor, dass die obengenannten Personen die auf den Major F r i e d r i c h von R o s i n mit Wäsche, Stoffen u. a. waren entweder geliefert oder ihnen von R o s i n bezugsfertig zum Kauf dieser Waren genannt wurden. Diese Beschaffungen dürften auch bewirkt haben, dass im Jahre 1939 von der Dienststelle des Befehlshabers der Ordnungspolizei ein Dienstleiter



Handwritten notes and stamps at the bottom of the page, including 'S.M.T. 1944'.

Deutsche Kriminalpolizei

Kriminalpolizeileitstelle Prag

Tagesbericht

Nummer: 211

Prag, den 16. Oktober 1944

a) KPLSt. Prag.

1. Zum Tagesbericht Nr. 195 vom 23.9.1944 wird ergänzend gemeldet:
Die weiteren Ermittlungen ergaben, dass der festgenommene Siegsmund R o s i n Volljude ist. Er hat, ohne im Besitz der erforderlichen Gewerbe genehmigung zu sein, seit 1939 umfangreiche Geschäfte durchgeführt und an diesen Geschäften über 203.623.- RM verdient. Bei R o s i n konnte umfangreicher Schriftwechsel sichergestellt werden, der auf persönliche Beziehungen zu Offizieren im Hauptamt Ordnungspolizei und zu einem Ministerialrat im Ministerium des Innern in Berlin schliessen lässt. Da R o s i n Volljude ist, erfolgt die Weiterbearbeitung durch die Staatspolizeileitstelle Prag. Wegen Preisvergehens ist R o s i n bereits von der Obersten Preisbehörde in Prag mit einer Verwaltungsstrafe bestraft.
2. Die Reichsangehörige Ingeborg F o r r e i t wurde festgenommen und dem Sondergericht beim deutschen Landgericht in Prag überstellt, weil sie während eines feindlichen Luftangriffes auf Pardubitz in der durch vorangegangenen Luftangriff ausgebombten Wohnung ihrer Wohnungsgeberin geplündert hat.
3. Die Protektoratsangehörigen Wenzel P e l t a n, Alois Č a p e k, Marie Č a p e k, Vlasta B u r i a n k o v a und Elisabeth S t e t k a r o v a wurden dem Deutschen Amtsgericht in Prag wegen Kriegswirtschaftsverbrechens vorgeführt. P e l t a n hat als Geschäftsführer der Kantine in der Kaserne der SA-Standarte "Feldherrnhalle" innerhalb von 2 Monaten von dem SA-Scharführer B a b b e der SA-Standarte "Feldherrnhalle" etwa 300 Stück Unterhosen und Hemden, 12 Paar Marschstiefel, 8 Paar Schnürstiefel und 1 schwarze gegerbte Rindhaut gekauft und diese Bekleidungsstücke mit den weiteren Festgenommenen verschoben. Der SA-Scharführer B a b b e hat unter Teilnahme des SA-Truppführers Eisenblätter die Sachen aus Beständen der SA-Standarte "Feldherrnhalle"

entwendet. Gegen die SA-Angehörigen, die ebenfalls in Haft genommen wurden, wird ein gesondertes Verfahren durchgeführt.

- 4. Der Protektoratsangehörige Anton D o l e ŝ a l hat 30 dz Gummi schwarz aufgekauft und daraus Kinderwagenreifen erzeugt, die er zum Preise von 150.- Kronen das Stück verschob. Er muss dabei in den letzten 7 Monaten einen Erlös von 420.000.- Kronen erzielt haben. D o l e ŝ a l ist bereits wegen des gleichen Deliktes 2mal mit Geldstrafen belegt worden.
- 5. Der deutsche Staatsangehörige Otto H e i l m a n n wurde dem Deutschen Amtsgericht in Prag zum Erlas eines Haftbefehls überstellt. H e i l m a n n , der als Angestellter bei dem RAD-Bezirk XXIV in Prag beschäftigt war, hat im Benehmen mit seinem Vorgesetzten 270 kg Süßwaren für die Bezirksverwaltung des RAD-Bezirkes XXIV z.N. von Arbeitsmaidenlagern abgezweigt. 80 kg davon hat er verschoben. 150 kg wurden an die Belegschaft der Bezirksverwaltung verteilt, der Rest ist nicht nachweisbar.

b) KPSt. Brünn.

./.

c) KPSt. Reichenberg.

- 1. Im Büro der Firma Grundmann in Komotau wurde seit 1918 der Zünder eines Artl. Geschosses aufbewahrt, der als Briefbeschwerer Verwendung fand. Als der bei der Firma beschäftigten 34jährigen Ehefrau Marie S c h l i n z am 7.10.1944 ein Nagel aus ihrem Schuh herausgetreten war, nahm sie den Zünder und verwendete ihn als Hammer zum Einklopfen des Nagels. Hierbei explodierte der Zünder. Der Schlinz wurde der rechte Arm abgerissen und das linke Bein derart verletzt, dass es amputiert werden musste.

d) KPSt. Karlsbad.

./.

e) KPSt. Troppau.

./.

gez.: S o w a

Für die Richtigkeit:
M. W. S.
Kriminal-Sekretär.



Eilt sehr, sofort vorlegen.

An . . . Z.

Betr. Beschlagnahme und Zwangsverwaltung von tschech.
Grossgrundbesitz.

Vorg. Dort, Schr. v. 12.8.41
Anlg. urschriftliches Schreiben .

(Note mit Hinweis auf ...)
Auf Grund der Äusserung des NG-Kreissekretärs
P o l a č e k in Tabor, er müsse namentlich die tschechi-
schen Grossgrundbesitzer Scholle Robert (nicht Stolle) Gross-
grundbesitz 637 ha in Jistebnitz, Bezirk Tabor und den NG-
Kreisleiter B e r n a r d František, Restgutbesitzer 78 ha
in Dworschischt, Bezirk Pilgrams vor der Verhängung der
Zwangsverwaltung über deren Güter durchdeutsche Ämter warnen,
wurde Einsicht in die zuständigen Grundbücher genommen.

Diese Feststellung ergab, dass 8 Wochen nach
dieser Äusserung im Grundbuch laut Eintrag vom 24.5.41
Nr. 976 Robert Scholle, Jistebnitz bei der Hospodářská
záložna statkářu a nájemcu G.m.b.H. in Prag hypothekarisch
K 500.000.- aufgenommen hat. Es besteht kein Zweifel, dass
diese Belastung des Grundbesitzes nur durch den Einfluss
des NG-Kreissekretärs Poláček aus Tabor erfolgte.

Der Restgutbesitzer Bernard František in
Dworschischt hat im Grundbuch in letzter Zeit keine Einträge.

Beide Güter werden einwandfrei bewirtschaftet.

Eine Belastung tschechischer Grossgrund-
besitze aus obigen Gründen konnte bei anderen Gütern noch
nicht festgestellt werden.